



Ausgabe 35 | August 2019

LEXinform-Newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

> Steuern

Bundesfinanzhof

- > Pauschale Ermittlung von Investmentfondserträgen nach § 6 Abs. 1 InvStG
- > Verteilung eines Gestattungsentgelts für die Überlassung landwirtschaftlicher Flächen zur Durchführung naturschutzrechtlicher Ausgleichsmaßnahmen
- > Riesterrente: Rückforderung von Altersvorsorgezulagen vom Zulageempfänger
- > Kostenentscheidung bei übereinstimmenden Erledigungserklärungen nach Entscheidung des BVerfG

Finanzgerichte

- > Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen, allerdings ohne Kostenübernahme für ein Alten- oder Pflegeheim
- > Kein Abzug anteiliger Aufwendungen für das selbstgenutzte Wohnhaus als Betriebsausgaben einer selbständigen Tagesmutter
- > Steuerfreiheit von Ausfuhrlieferungen bei Steuerhinterziehung im Drittstaat

Finanzverwaltung

- > Steuerliche Gewinnermittlung

Weitere Meldungen

- > Teileinkünfteverfahren bei nachträglich festgestellter vGA

> Recht

Berufsrecht

- > Eckpunktepapier für eine Neuregelung des Berufsrechts

Sonstiges Recht

- > Gesetzliche Neuregelungen im September 2019
- > "Zweitlotterien" sind keine Lotterien

> Wirtschaft

Finanzen

- > FMH Finanzberatung - Zinsentwicklung für den Rest 2019

Personal

- > Laut BBE Vergütungsstudie 2019 bleibt der Audi A6 beliebtester Firmen-Pkw, Großhändler fahren die teuersten Dienstwagen

Steuern

Bundesfinanzhof

Pauschale Ermittlung von Investmentfonderträgen nach § 6 Abs. 1 InvStG

Bundesfinanzhof, VIII-R-31/16, Urteil vom 14.05.2019

Die pauschale Ermittlung von Investmentfonderträgen nach § 6 Abs. 1 InvStG, die vom Steuerpflichtigen durch den Nachweis der tatsächlichen Besteuerungsgrundlagen nach § 6 Abs. 2 InvStG abgewendet werden kann, verstößt nicht gegen Unionsrecht und ist auch mit dem Grundgesetz vereinbar.

> mehr in [LEXinform 0951166](#) | [Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Verteilung eines Gestattungsentgelts für die Überlassung landwirtschaftlicher Flächen zur Durchführung naturschutzrechtlicher Ausgleichsmaßnahmen

Bundesfinanzhof, VI-R-34/17, Urteil vom 04.06.2019

1. Überlässt ein Steuerpflichtiger, der seine Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft durch Einnahme-Überschussrechnung gemäß § 4 Abs. 3 EStG ermittelt, zu seinem Betriebsvermögen gehörende Grundstücke gegen ein vorausgezahltes Entgelt zur Nutzung für die Durchführung naturschutzrechtlicher Ausgleichsmaßnahmen, kann er das Gestattungsentgelt gemäß § 11 Abs. 1 Satz 3 i.V.m. Abs. 2 Satz 3 EStG auf den Vorauszahlungszeitraum verteilen, wenn der Nutzungsüberlassungs- und der Vorauszahlungszeitraum mehr als fünf Jahre betragen.
2. Voraussetzung für die Verteilung der Einnahme ist, dass der Vorauszahlungszeitraum anhand objektiver Umstände - und sei es auch

im Wege sachgerechter Schätzung - feststellbar (bestimmbar) ist und einen Nutzungsüberlassungszeitraum von mehr als fünf Jahren entgelt.

➤ [mehr in LEXinform 0951472 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Riesterrente: Rückforderung von Altersvorsorgezulagen vom Zulageempfänger

Bundesfinanzhof, X-R-35/17, Pressemitteilung vom 29.08.2019

Ist ein Altersvorsorgevertrag über eine sog. Riesterrente vom Anbieter abgewickelt worden, kann die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) rechtsgrundlos geleistete Zulagebeträge vom Zulageempfänger zurückfordern. Nach dem zu § 37 Abs. 2 AO ergangenen Urteil des BFH kommt es auf ein Verschulden des Zulageempfängers nicht an.

➤ [mehr in LEXinform 0450214 | Steuerliches Verfahrensrecht](#)



Kostenentscheidung bei übereinstimmenden Erledigungserklärungen nach Entscheidung des BVerfG

Bundesfinanzhof, VII-R-9/19, Beschluss vom 18.07.2019

Hat das BVerfG entschieden, dass eine Steuerrechtsnorm mit Bestimmungen des GG unvereinbar ist und die Fortgeltung der Vorschrift bis zur Neuregelung durch den Gesetzgeber angeordnet, und wird deshalb ein Rechtsstreit in der Hauptsache für erledigt erklärt, entspricht es billigem Ermessen, der Finanzbehörde die Verfahrenskosten aufzuerlegen.

➤ [mehr in LEXinform 5022370 | Steuerliches Verfahrensrecht](#)



Finanzgerichte

Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen, allerdings ohne Kostenübernahme für ein Alten- oder Pflegeheim

Finanzgericht Rheinland-Pfalz, 5-K-2332/17, Pressemitteilung vom 28.08.2019

Das FG Rheinland-Pfalz hat entschieden, dass ein Steuerpflichtiger, der mit seinen Eltern eine sog. "Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen" vereinbart, aber die Übernahme von Kosten für ein Alten- oder Pflegeheim ausschließt, keinen vollen Sonderausgabenabzug für die zugesagten Versorgungsleistungen erhalten kann, weil die Leistungen in einem solchen Fall nicht als sog. dauernde Last (= voller Sonderausgabenabzug), sondern nur als Rente (= Sonderausgabenabzug nur in Höhe des Ertragsanteils) qualifiziert werden können.

➤ [mehr in LEXinform 0450210 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Kein Abzug anteiliger Aufwendungen für das selbstgenutzte Wohnhaus als Betriebsausgaben einer selbständigen Tagesmutter

Finanzgericht Baden-Württemberg, 8-K-751/17, Urteil vom 07.05.2019

1. Ein Abzug anteiliger Aufwendungen für das selbstgenutzte Wohnhaus als Betriebsausgaben einer selbständigen Tagesmutter kommt nicht in Betracht, wenn nicht nach objektivierbaren Kriterien bestimmt werden

kann, in welchem Umfang eine Nutzung der teils gemischt, teils ausschließlich genutzten Räumlichkeiten des Hauses im Zusammenhang mit der Tätigkeit als Tagesmutter erfolgte.

2. Bei einer Gesamtschau kam im Streitfall wegen des Ineinandergreifens privater und beruflicher Nutzung eine Aufteilung nach Flächen- oder Zeitanteilen nicht in Betracht; ein anderer Aufteilungsmaßstab unter Zugrundelegung objektiv bestimmbarer Kriterien war nicht ersichtlich.

➤ mehr in LEXinform 5022361 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Steuerfreiheit von Ausfuhrlieferungen bei Steuerhinterziehung im Drittstaat

Finanzgericht Rheinland-Pfalz, 3-K-1391/17, Urteil vom 28.05.2019

Die für innergemeinschaftliche Lieferungen geltenden Grundsätze zur Versagung der Steuerbefreiung, wenn der Lieferer bei der Lieferung die Identität des wahren Erwerbers verschleiert hat, um diesem zu ermöglichen, die Mehrwertsteuer zu hinterziehen, oder der Verkäufer wusste oder hätte wissen müssen, dass der von ihm bewirkte Umsatz mit einer Steuerhinterziehung des Erwerbers verknüpft war, und er nicht alle ihm zur Verfügung stehenden zumutbaren Maßnahmen ergriffen hat, um seine eigene Beteiligung an dieser Steuerhinterziehung zu verhindern, sind nicht auf Ausfuhrlieferungen übertragbar.

➤ mehr in LEXinform 5022368 | Umsatzsteuer



Finanzverwaltung

Steuerliche Gewinnermittlung

Bundesministerium der Finanzen, IV C 6 - S-2139b / 07 / 10002-02, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 26.08.2019

Das BMF hat zur Anwendung des BFH-Beschlusses vom 15.11.2017 - VI R 44/16 - zur Verwendung von Investitionsabzugsbeträgen nach § 7g EStG im Gesamthandsvermögen einer Mitunternehmerschaft für Investitionen im Sonderbetriebsvermögen eines Mitunternehmers Stellung genommen.

➤ mehr in LEXinform 5236934 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Weitere Meldungen

Teileinkünfteverfahren bei nachträglich festgestellter vGA

Deubner Verlag, Anmerkung vom 27.08.2019

Der Antrag auf Besteuerung nach dem Teileinkünfteverfahren ist spätestens zusammen mit der Einkommensteuererklärung zu stellen und kann auch vorsorglich gestellt werden.

➤ mehr in LEXinform 0653664 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Recht

Berufsrecht

Eckpunktepapier für eine Neuregelung des Berufsrechts

Bundesrechtsanwaltskammer, Mitteilung vom 29.08.2019

Die Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) begrüßt, dass das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) nunmehr das bereits für Januar 2019 angekündigte Eckpunktepapier für eine Neuregelung des Berufsrechts der anwaltlichen Berufsausübungsgesellschaften vorgelegt und darin einige Vorschläge der BRAK aufgegriffen hat. Erfreulich ist insbesondere, dass das BMJV der Forderung der BRAK folgt und den Berufsausübungsgesellschaften grundsätzlich alle nationalen und europäischen Rechtsformen, also auch Personenhandelsgesellschaften, zur Verfügung stellen will.

> mehr in LEXinform 0450218 | Berufsrecht Rechtsanwälte



Sonstiges Recht

Gesetzliche Neuregelungen im September 2019

Bundesregierung, Mitteilung vom 27.08.2019

Abgelehnte Asylbewerber, die Deutschland verlassen müssen, haben es in Zukunft schwerer, ihre eigene Abschiebung zu verhindern. Bei Bankgeschäften gelten europaweit neue Sicherheitsbestimmungen. Diese und weitere Neuregelungen treten zum September 2019 in Kraft. Darüber informiert die Bundesregierung.

> mehr in LEXinform 0450217 | Sonstiges Recht



"Zweitlotterien" sind keine Lotterien

Oberlandesgericht Koblenz, 9-U-1359/18, Pressemitteilung vom 27.08.2019

"Zweitlotterien", bei denen gegen Entgelt auf den Ausgang von Ziehungen der Lotterien staatlicher Lotterianbieter getippt wird, sind keine Lotterien im Sinne des Glücksspielstaatsvertrages. Vielmehr handelt es sich bei der Abgabe des Tipps um eine Wette, so dass "Zweitlotterien" - anders als Lotterien und Sportwetten - nicht im Internet veranstaltet oder vermittelt werden dürfen. Das hat das OLG Koblenz entschieden.

> mehr in LEXinform 0450207 | Sonstiges Recht



Wirtschaft

Finanzen

FMH Finanzberatung - Zinsentwicklung für den Rest 2019

FMH Finanzberatung, Frankfurt, Pressemitteilung vom 19.08.2019

Wo soll es mit den Zinsen noch hingehen? Diese Frage stellen sich derzeit nicht nur die Banken, sondern auch Anleger und Kreditnehmer. Aus gutem Grund. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat bereits angekündigt, das Zinsniveau noch einmal zu senken. Bei einem Leitzins, der ohnehin schon bei null Prozent liegt, ist das zwar nicht ganz einfach, aber machbar. Quelle: FMH-Finanzberatung

> mehr in LEXinform 2094219



Personal

Laut BBE Vergütungsstudie 2019 bleibt der Audi A6 beliebtester Firmen-Pkw, Großhändler fahren die teuersten Dienstwagen

DATEV Redaktion LEXinform, Pressemitteilung vom 28.08.2019

Firmen-Pkw's stehen bei den Gehaltsextras von GmbH-Chefs ganz oben in der Rangfolge. Das Statussymbol Auto bleibt bestehen. Die Anschaffungskosten sind je nach Branche und Wirtschaftszweig unterschiedlich. Spitzenreiter mit einem Höchstwert der Bruttolistenpreise sind im Großhandel zu finden. Die durchschnittlich höchsten Bruttolistenpreise zahlt die Industrie. Der Gesamtdurchschnitt aller Wirtschaftszweige liegt immerhin bei 71.709 Euro. Auf Rang 1 der beliebtesten Pkw's ist der Audi A6, gefolgt vom BMW 5er-Reihe und Mercedes E-Klasse.

➤ mehr in LEXinform 2094203



Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "LEXinform aktuell (E-Paper)" oder "LEXinform aktuell (Print)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie hier.

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie bitte nicht die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms, sondern senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Abbestellung oder Datenänderung

Hier können Sie den Newsletter abbestellen oder Ihre persönlichen Daten ändern.

Verantwortlich: Tina Schulz

Datenschutz | Impressum © DATEV eG